

**Online – Veranstaltung: „Jede Stimme zählt? Wenn die Wahlbeteiligung sinkt“
Studienvorstellung und Diskussion
Dienstag, 07. Februar 2023 19:00 Uhr – 20:30 Uhr**

Am 07.02.2023 wurde die gemeinsame Studie mit dem Titel „**Jede Stimme zählt? Wenn die Wahlbeteiligung sinkt**“ von der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Think Tank d|part vorgestellt. Nach der Begrüßung durch **Alina Finke** (Referentin im Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung) folgte die Vorstellung der Studie, die sich mit der sinkenden Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2021 beschäftigt.

Die Studie wurde von **Neele Eilers** (Politikwissenschaftlerin bei dem Think Tank d|part) vorgestellt. Die Daten der Studie wurden der Repräsentativen Wahlstatistik des Bundeswahlleiters und einer Vor- und Nachwahlstudie der GLES entnommen (siehe Bild rechts).

Die Präsentation war in vier Themenblöcke der Studie unterteilt.

Der erste Themenblock thematisierte das hohe Interesse an der Wahl und an der Politik unter jungen Menschen. Rund 91% der 16- bis 29-Jährigen gaben an, dass sie mindestens einmal die Woche über die Wahl mit Freunden oder Familie gesprochen haben. Das Interesse an Politik ist bei den 16- und 17-Jährigen genauso hoch, wie bei den über 29- Jährigen.

Der zweite Themenblock beschäftigte sich mit der Wahlbeteiligung junger Menschen. Diese steigt seit den letzten Jahren weiter an, liegt aber weiterhin unter dem Durchschnitt der Bevölkerung. Im Jahr 2021 stieg die Wahlbeteiligung unter jungen Menschen bis 30 Jahre auf 71,5%. Von 2017 zu 2021 stieg die Wahlbeteiligung am stärksten unter den 21- bis 29-Jährigen um 4,2%. Die Gemeinsamkeit aller Altersgruppen junger Menschen, wählten Frauen etwas häufiger als Männer. In Bezug auf die Jugendwahlbeteiligung gleichen sich die meisten Bundesländer einander. Niedersachsen liegt mit 68,2% weiter hinten in diesem Vergleich und auch unter dem Bundesdurchschnitt. Der größte Zuwachs der Wahlbeteiligung liegt in den 5 Bundesländern mit Wahlalter 16 auf Landesebene (Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein).

Im dritten Themenblock wird das „Wählen ab 16“ angesprochen. Jenes hat Potential die Wahlbeteiligung unter jungen Menschen zu erhöhen, hängt aber von den Rahmenbedingungen ab. Wie oben schon angesprochen, gibt es in manchen Bundesländern bereits das „Wählen ab 16“ und auf verschiedenen Ebenen. Die Forschung zeigt viele positive und wenig negative Auswirkungen. Der „Pionier-Effekt“ zeigt eine erhöhte Wahlbeteiligung direkt nach Einführung des Wahlalters 16 (z.B. Österreich, Schottland, Wales).

Empirische Grundlage für gezielte Fragestellungen durch Analyse verfügbarer Daten



- Repräsentative Wahlstatistik
- Frei verfügbar
- Daten zu Stimmabgabe, Erst-/Zweitstimme, Alter, Geschlecht, Region
- Vergleiche zu Bundestagswahlen seit 1953 (außer 1994 und 1998) möglich
- Sortierung in Altersgruppen
 - 18- bis 20-Jährige, 21- bis 24-Jährige, 25- bis 29-Jährige
 - Für Stimmabgabe nur 18- bis 24-Jährige, 25- bis 34-Jährige



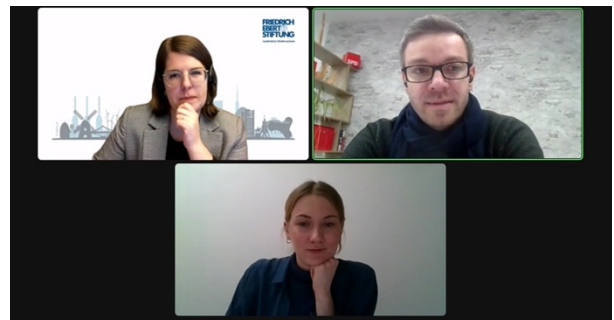
- Vor- & Nachwahlstudie, erhoben zwischen 26.08. und 21.11.2021
- Wissenschaftlich nutzbar
- Repräsentative Stichprobe von Menschen in Deutschland ab 16 Jahren
- Daten zum Wahlverhalten, zur Stimmabgabe, politische Einstellungen, Partei- und Kandidatenbewertungen, Wahlkampfinteresse und Informationsverhalten
 - Vorwahlstudie: N = 691 16- bis 29-Jährige
 - Nachwahlstudie: N = 439 16- bis 29-Jährige

Dieser „Pionier-Effekt“ ist aber nicht dauerhaft, nimmt mit der Zeit leicht, wenn auch nicht ganz (z.B. Österreich, Schottland) ab. Die Befürchtungen zu negativer politischer Beeinflussung oder Überforderung junger Menschen wurden weitgehend widerlegt. Der Erfolg vom „Wählen ab 16“ hängt maßgeblich von den Rahmenbedingungen der Einführung ab. Einige Beispiele für diese Rahmenbedingungen:

- aktive Arbeit von jugendgeleiteten Organisationen in der Mobilisierung junger Menschen, um Barrieren abzubauen
- Mainstreaming junger Menschen in den Medien mit Beteiligung an Berichterstattung über „Jugendthemen“ hinaus
- aktives Zugehen von Parteien auf jüngere Wähler_innen

Im letzten Themenblock geht die Präsentation auf soziodemographische Faktoren ein, die noch immer ausschlaggebend für die Wahlbeteiligung sind. Junge Leute mit besserem Schulabschluss und mehr Wissen über Politik gaben bei der Wahl eher eine Stimme ab. Laut der Studie wissen junge Leute aus besseren Verhältnissen tendenziell mehr über Politik. Dazu kommt, dass 46% der 16- bis 24-Jährigen politische Fragen oft schwer verständlich finden.

Abschließend betonte **Neele Eilers**, was man aus dieser Studie mitnehmen kann. Niedrige Wahlbeteiligung liegt nicht an Desinteresse an Politik, es ist eine Frage der Mobilisierung. Es muss sich etwas in der politischen Kommunikation tun. Junge Menschen besser ansprechen und sie in ihren Themen ernst nehmen. Strukturelle Rahmenbedingen schaffen, sodass alle jungen Menschen angesprochen werden können. „Wählen ab 16“ als Potential für eine höhere Jugendwahlbeteiligung.



Nach der Studienvorstellung folgte eine Diskussion mit **Neele Eilers** (Think Tank d|part) und dem Landtagsabgeordneten **Deniz Kurku**.

Die Moderation dieser Diskussion übernahm die freiberufliche Bildungsreferentin **Anke Harms**.

Zunächst wurden die Forderungen von jungen Menschen angesprochen und wie wichtig die Kommunikation mit ihnen ist. **Deniz Kurku** erzählt aus seinem Wahlkampf, es sei wichtig auf die jungen Leute zuzugehen und sich mit Themen, die ihnen wichtig sind, also z.B. die Klimakrise, Rente/Vorsorge und Krieg/Frieden, zu befassen.

Es kommt auch zur Sprache, dass die Medienkompetenz und das Verständnis von Politik von jungen Menschen oft unterschätzt wird. **Deniz Kurku** erzählt von einer Podiumsdiskussion in einer Schule, während seines Wahlkampfes im letzten Jahr. Er war positiv von den Schüler_innen und ihren Kompetenzen überrascht. Allgemein sieht er die kommunale Ebene als eine Form von politischer Partizipation, die oft, vor allem von Schulen und Unis in ihren Lernkonzepten, übersehen wird. Denn auf diesen Ebenen „wird Politik gemacht“ versicherte **Deniz Kurku**. Dadurch haben die jüngeren Menschen oft mehr Interesse an Bundes- und internationaler Politik, obwohl sie sich auf kommunaler Ebene viel aktiver einbringen könnten. Die kommunale Ebene fällt in dem Politikbild vieler junger Menschen „hinten runter“, erklärt **Neele Eilers**. Daraufhin kam die Frage nach Projekten der Politik auf, die gezielt junge Menschen erreichen sollen. Es gibt zwar viele Mentoring –

Projekte der SPD, wie z.B. „10 unter 25“, berichtet **Deniz Kurku**, aber da sei, vor allem in Bezug auf institutionelle Angebote, noch „Luft nach oben“.

Abgesehen von jungen Menschen, ist es auch wichtig den Blick auf die Nicht-Wähler allgemein zu lenken. Da kam die Frage auf, woran es denn liegen könnte, dass viele der Nicht-Wähler, dann wenn sie doch wieder wählen, eher die AfD wählen bzw. wechseln. Die Menschen, die sich für diesen Weg entscheiden, leben oft in sozial schwachen Bereichen. Sie fühlen sich in der Politik nicht vertreten, es herrscht eine elitäre Wahrnehmung.

Das Thema der Veranstaltung lautet „**Jede Stimme zählt? Wenn die Wahlbeteiligung sinkt**“. Aber ab wie viel Prozent an Wahlbeteiligung ist diese hoch genug? Man kann dies an keiner wirklichen Zahl festmachen, „je mehr desto besser“ lautet das Motto, findet Neele Eilers. Zudem sind Wahlen nicht die einzige Form von politischer Partizipation. Es gibt viele verschiedene Formen, wie z.B. Demos oder Petitionen. Die politische Repräsentanz der Bürger_innen kann man also nicht nur an Wahlen festmachen. Einen weiteren Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben auch die Strukturen der Kommunen, sie formen diese gerade zu. Des Weiteren können beispielweise Studien, politische Bildung oder das Ausführen von Ehrenämtern helfen die Praxis der Politik weiter zu verbessern.

Der Wahltrend der Bundestagswahl 2021 konnte sich nicht auf die Landtagswahl in Niedersachsen 2022 ausweiten, was könnten dafür die Ursachen sein? Die Motivation wählen zu gehen, sei größer, wenn die Bürger_innen sich mit der jetzigen politischen Situation unsicher/unwohl fühlen. Dies sei in Niedersachsen der Fall. Abgesehen davon hält **Deniz Kurku** die Bundespolitik für die Menschen viel „greifbarer“ als die Landtagspolitik.

Abschließend appelliert **Neele Eilers** an die Teilnehmenden die Inhalte und Infos, die sie aus dieser Veranstaltung mitnehmen konnten, an ihr Umfeld weiter zu tragen. „Wer, wenn nicht wir, kann für dieses Thema begeistern“, stimmt **Deniz Kurku** zu.